



Erfolgreich für Deutschland und Europa

Die Bilanz der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament



www.cducsu.eu

Politik zum Wohl der Menschen

Viele Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit lassen sich heute nicht mehr national, sondern nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern lösen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in unseren Nachbarregionen, Migrationsbewegungen, islamistischer Terrorismus und organisierte Kriminalität verlangen ebenso nach europäischen Antworten wie die Sicherung unseres Wohlstands, die Digitalisierung oder die Bewahrung der Schöpfung.

Grundlage unserer Politik ist dabei das Prinzip der Subsidiarität, nach dem die Europäische Union nur dort tätig wird, wo die einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen die gewünschten Ziele nicht alleine erreichen können. Der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist es wichtig, dass jedes europäische Gesetzgebungsvorhaben einen echten Mehrwert für die Menschen in Deutschland und Europa bringt. Bereiche wie der Bodenschutz oder die Arbeitslosenversicherung sind keine grenzüberschreitenden Aufgaben und dürfen daher auch nicht europäisch geregelt werden. Roaming-Gebühren oder der Schutz der Außengrenzen lassen sich aber nicht mehr regional oder national regeln.

Während die Vertreter der Parteien an den politischen Rändern scheinbar einfache Lösungen verkünden, wollen wir die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. So haben wir in den hinter uns liegenden Jahren nachhaltig für eine stabile europäische Währung, solide Staatsfinanzen, einen funktionierenden Binnenmarkt, mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum, sicherere EU-Außengrenzen und eine dauerhafte Reduktion der Migrationsströme gearbeitet.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament konnte dabei einiges für die Menschen in Deutschland und Europa erreichen. Einige Beispiele für die Ergebnisse unserer Arbeit haben wir in dieser Broschüre für Sie zusammengestellt.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und werden uns auch in Zukunft für den Erhalt der großen Errungenschaften der europäischen Einigung – Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – in Deutschland und Europa einsetzen.



Dr. Markus Pieper

Ihr CDU-Europaabgeordneter

☎ 0251 / 418 42 41

✉ europabuero@markus-pieper.eu

🌐 www.markus-pieper.eu

f @drmarkuspieper

🐦 @markuspieperMEP

Inhaltsübersicht

Europas Wirtschaft wächst	6	Forschung und Innovation für Deutschland und Europa .	36
Stabilisierung der Eurozone	8	Erasmus+ ermöglicht seit 30 Jahren Bildungs- aufenthalte im Ausland	38
Europa vor Terror schützen	10	Starke Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel	40
Innere Sicherheit stärken	12	Für ein mittelstandsfreundliches Europa	42
Mehr Sicherheit für Europas Bürger und bessere Verteidigung der EU	14	Brexit klug verhandeln	44
Fortschritte in der Europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik	16	Freihandel – Gut für Deutschland und Europa	46
EU-Außengrenzen werden besser geschützt	18	Besserer Schutz gegen Dumping	48
Illegale Einreisen stoppen	20	Mehr Sicherheit bei elektronischem Zahlungsverkehr	50
Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen	22	Umwelt und Klima schützen	52
Weltweiter Einsatz für Menschenrechte	24	Kreislaufwirtschaft – Ressourcen schonen und Abfall vermeiden	54
Roaming-Gebühren abgeschafft	26	Neues EU-Energielabel sorgt für mehr Transparenz . . .	56
WiFi4EU Kostenloses WLAN für alle	28	Sichere Medizinprodukte	58
Kein ungerechtfertigtes Geoblocking mehr	30	Rekordinvestitionen in Verkehrsinfrastruktur	60
Spotify, Netflix und Co. endlich grenzüberschreitend nutzbar	32	Automatisches Notrufsystem für Europa	62
Besserer Datenschutz	34	Betrug zulasten von EU-Mitteln bekämpfen	64

2,3 % Wirtschaftswachstum in der EU 2017

11.000.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU seit 2013

225.000.000.000 Euro neue Investitionen durch EU-Initiative



Europas Wirtschaft wächst

Der von der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament erfolgreich durchgesetzte Weg von Investitionen, Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik hat Europa erfolgreich aus der wirtschaftlichen Krise geführt: Die Wirtschaft in der EU hat sich spürbar erholt und ist 2017 um rund 2,3 Prozent gewachsen.

In fast allen EU-Staaten ist die Beschäftigungsrate gestiegen, seit 2013 sind rund 11 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen worden. Die Arbeitslosigkeit in der EU ist mit 7,3 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Die 2014 vom Europäischen Parlament beschlossene Investitionsoffensive für Europa hat Investitionen von über 225 Mrd. Euro in den EU-Mitgliedstaaten mobilisiert. Über 200.000 kleine Unternehmen und Start-up-Firmen haben durch diese Initiative Darlehen für strategische Investitionen erhalten. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich dafür ein, diesen erfolgreichen Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung fortzusetzen. Den sozialistischen Lösungsansatz einer ungehemmten Ausweitung und Vergemeinschaftung der Staatsschulden lehnen wir strikt ab.





Von über **6 %** (2009)

auf **1,1 %** (2017)

sank die öffentliche Neuverschuldung
im Euroraum.

Stabilisierung der Eurozone

Durch eine konsequente Umsetzung von Haushalts- und Strukturreformen konnte die Staatsschuldenkrise, die einige Mitgliedstaaten der EU 2008 schwer getroffen hatte, überwunden werden. So konnten Portugal 2014 und Zypern 2016 aus dem Europäischen Rettungsschirm entlassen werden. Griechenland befindet sich ebenfalls auf dem Weg der Besserung, seitdem es die von uns eingeforderten Reformen umsetzt.

Die von uns mitgetragene Politik der Hilfe und Solidarität im Gegenzug für Reformanstrengungen hat dazu geführt, dass die öffentlichen Schulden in den EU-Mitgliedstaaten gesunken sind. Das öffentliche Defizit im Euroraum konnte von über 6 % (2009) auf 1,1 % (2017) gesenkt werden.

Im Bankensektor der EU konnte die Eigenkapitalquote deutlich erhöht und das Volumen notleidender Kredite deutlich reduziert werden.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament arbeitet weiter dafür, dass die Europäische Union eine Stabilitäts-Union und keine Schulden- und Umverteilungs-Union wird, wie von Sozialdemokraten und Linken angestrebt.





Europa vor Terror schützen

Der islamistische Terrorismus ist eine der größten grenzüberschreitenden Herausforderungen unserer Zeit. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich daher für wirksame europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Terror ein.

Mit der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Terrorismus ist es uns gelungen, einheitliche Straftatbestände zur Bekämpfung des Terrorismus in den EU-Mitgliedstaaten zu schaffen. Nicht nur die Begehung eines Terroranschlags oder die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, sondern auch vorbereitende Taten und Handlungen der Mittelsmänner wie z.B. Training, Rekrutierung, Aufhetzung und Glorifizierung von Terroristen, das Reisen zu terroristischen Zwecken und die Finanzierung terroristischer Aktivitäten werden jetzt vom Anti-Terror-Strafrecht der Mitgliedstaaten umfasst.

Außerdem haben wir uns erfolgreich für den weiteren Ausbau der Europäischen Polizeibehörde Europol eingesetzt.





Innere Sicherheit stärken

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit in Europa ist ein Kernanliegen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. So waren die CDU/CSU-Europaabgeordneten maßgeblich daran beteiligt, verschiedene Gesetze und Initiativen auf den Weg zu bringen, durch die das Strafrecht an die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf die Bekämpfung von Terrorismus sowie grenzüberschreitender organisierter und schwerer Kriminalität angepasst wurde. So wurde beispielsweise die operative Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen nationalen Justiz- und Polizeibehörden gestärkt. Infolge der Reform der bereits heute am meisten genutzten Datenbank, des Schengener Informationssystems (SIS), besteht künftig die Verpflichtung, Informationen mit Bezug auf bestimmte Kategorien gesuchter oder vermisster Personen und Objekte darin einzupflegen. Damit können Polizisten und Grenzschrützer europaweit auf diese wichtigen Informationen zugreifen. Zudem müssen Fluglinien aufgrund der Fluggastdaten-Richtlinie zum Zweck der Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung Passagierdaten an Strafverfolgungsbehörden weiterleiten. Schließlich arbeiten wir intensiv an einem sogenannten Interoperabilitätspaket, mit dem die europäischen Datenbanken untereinander besser vernetzt werden sollen.

Im Gegensatz zu Sozialisten, Grünen und Liberalen hat dabei für uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Vorrang vor dem Datenschutz von Kriminellen und Terroristen.



206.000.000.000 Euro geben die EU-Mitgliedstaaten jährlich für Verteidigung aus.

Bis zu 26.000.000.000 Euro können durch verbesserte Integration eingespart werden.



Mehr Sicherheit für Europas Bürger und bessere Verteidigung der EU

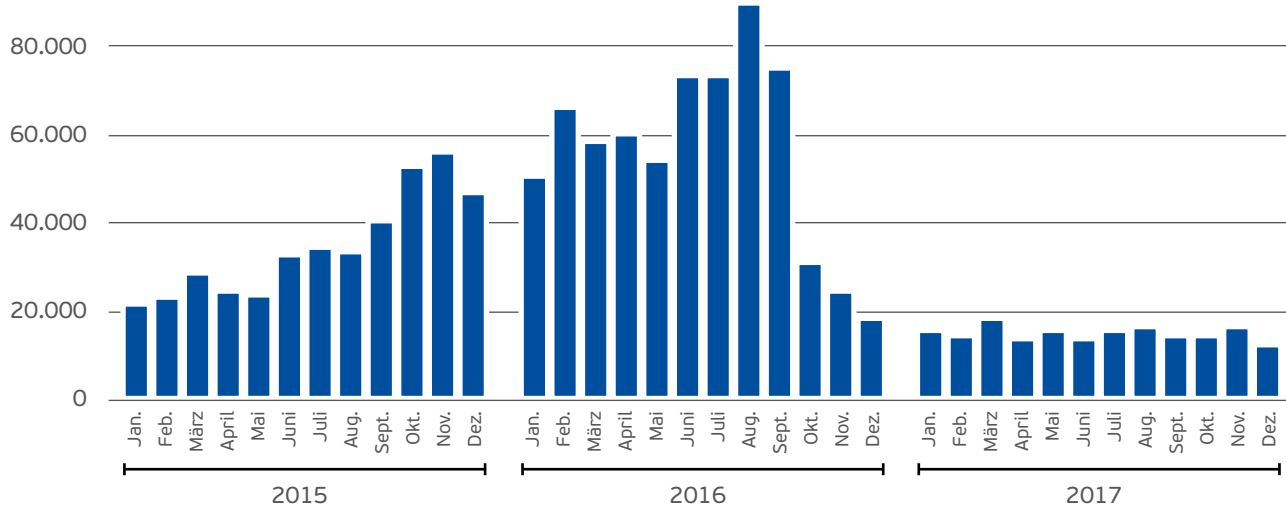
Seit 2014 ist es uns gelungen, den Schutz der europäischen Bürger vor externen Bedrohungen weiter zu verbessern. Wir sorgen dafür, Sicherheit und Verteidigung besser und kostengünstiger mit einer Reihe von Maßnahmen zu organisieren:

- ★ erstmalig wird Verteidigung aus dem EU-Haushalt direkt unterstützt;
- ★ die Kommission finanziert kooperative Forschungsprogramme;
- ★ die Kommission fördert Vorhaben, um gemeinsame Entwicklung zur Regel zu machen;
- ★ die EU plant und führt militärische Ausbildungs- und Beratungsmissionen aus einer Hand;
- ★ die EU verbessert den Schutz europäischer Bürger vor Propaganda und Cyberangriffen;
- ★ die Verteidigungsministerien steigen ein in die Koordinierung der militärischen Planung sowie Bedarfsanalyse und Beschaffung;
- ★ Europas Streitkräfte beginnen auf Dauer angelegte Kooperationsprojekte, um in gemeinsam beschlossenen Operationen besser zu bestehen.



Asylanträge in Deutschland 2015 bis 2017

Stand Januar 2018



Fortschritte in der Europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich in der Migrations- und Flüchtlingspolitik für europäische Lösungen ein, die zu einer dauerhaften Reduzierung der Zuwanderung führen und gleichzeitig Solidarität mit den Schutzbedürftigen üben.

Im Vordergrund steht für uns dabei die praktische Durchsetzung und Weiterentwicklung des seit 2013 geltenden europäischen Asylrechts. Dazu gehören mehr europäische Solidarität beim Umgang mit Flüchtlingen, ein effizienter Schutz der EU-Außengrenzen, konsequente Rückführung von nicht schutzbedürftigen Migranten und Wirtschaftsflüchtlingen, energisches Vorgehen gegen Menschenhandel und Schlepperunwesen sowie die langfristige Bekämpfung der Fluchtursachen.

Durch zahlreiche europäische Einzelmaßnahmen in diesen Bereichen ist es gelungen, die Zahl der nach Deutschland gekommenen Asylsuchenden von 890.000 im Jahr 2015 auf knapp 190.000 in 2017 zu reduzieren.



2.760.000.000 Euro

stellt die EU 2014 bis 2020 für den Ausbau der Außengrenzkontrollen zur Verfügung, um besser gegen illegale Einwanderung vorzugehen.



EU-Außengrenzen werden besser geschützt

Angesichts der offenen Binnengrenzen im Schengen-Raum ist ein verlässlicher Schutz der EU-Außengrenzen wichtiger denn je. Eine weitere Verbesserung des Außengrenzenschutzes trägt nicht zur Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger bei, wie dies SPD-Europaabgeordnete behaupten, sondern erhöht die Sicherheit in den EU-Mitgliedstaaten. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat daher die Weiterentwicklung von Frontex zur Europäischen Grenz- und Küstenwache mit erweiterten Zuständigkeiten und neuen Befugnissen gefordert. Diese Forderung wird jetzt auf Beschluss von Europäischem Parlament und Rat umgesetzt: Neben der Unterstützung der nationalen Grenzschutzbehörden an den Außengrenzen wird Frontex Stresstests an den Außengrenzen durchführen, um Krisen wie 2015 vorzubeugen. Außerdem kann die Agentur auf Anfrage benachbarte Drittstaaten an deren Grenzen operativ unterstützen und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber organisieren.

Die EU-Mitgliedstaaten stellen zum Aufbau der Grenz- und Küstenwache mindestens 1.500 Grenzschrützer bereit. Diese können im Fall von besonderen Situationen, wie z.B. einem außergewöhnlichen Zustrom von Migranten, unmittelbar eingesetzt werden. Lehnt ein Mitgliedstaat den Einsatz von Frontex in einer Gefahrensituation ab, dürfen die angrenzenden Mitgliedstaaten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durchführen.



Wie wird ETIAS funktionieren?

Online-Antrag
max. 10 min.



Automatische Bearbeitung

Abgleich mit Sicherheitsdatenbanken, wie z.B. dem Schengen-Informations-System (SIS), Europol-Daten und Interpol-Daten etc.



Prüfung durch den Beförderungsunternehmer vor dem Einsteigen für Personen, die auf dem Luft-, Land- und Seeweg reisen.

Antwort an den Antragsteller

Die meisten Antragsteller erhalten innerhalb von Minuten eine Antwort. Gültige Reisegenehmigung für max. 5 Jahre oder Begründung der Ablehnung.



Schengen-Grenzübergangsstelle

Wer den ETIAS-Antrag nicht online gestellt hat, kann dies an den Schengen-Grenzübergangsstellen tun. Der Grenzschutz entscheidet dann über Einreisegenehmigung. Alle Ein- und Ausreisen werden in der EES-Datenbank registriert.



Illegale Einreisen stoppen

Die Europäische Union muss sich besser und effizienter vor illegaler Einwanderung und der Einreise von Kriminellen und Terroristen schützen. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich daher erfolgreich, gegen zum Teil heftige Widerstände der Grünen und Sozialdemokraten, für den Aufbau eines europäischen Einreise-/Ausreisystems (EES) und eines EU-weiten Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) eingesetzt.

So werden ab 2020 die Personendaten, Fingerabdrücke und Fotos aller Drittstaatsangehörigen beim Übertritt der EU-Außengrenzen mit dem EES abgeglichen und darin registriert. Damit kann jederzeit ermittelt werden, welche Drittstaatsangehörigen sich gerade in der EU aufhalten. Zudem lässt sich leicht feststellen, welche Personen aufgrund von abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigungen ausreisepflichtig sind.

Darüber hinaus müssen sich alle von der Visumspflicht befreiten Drittstaatsangehörigen künftig vor ihrer Einreise in die EU im ETIAS registrieren. Nach einer Sicherheitsüberprüfung erhält der Antragsteller eine Einreisegenehmigung oder eine Ablehnung. So können erkennbare Sicherheitsrisiken bereits vor der Einreise in die EU ermittelt und durch eine Einreiseverweigerung vermieden werden. Neben dem Außengrenzmanagement wird somit auch die innere Sicherheit in den Mitgliedstaaten verbessert.





Seit dem Putschversuch 2016 wurden in der Türkei

- 156 Medienhäuser geschlossen,
- 2.500 Medienschaffende entlassen,
- 120 Journalisten inhaftiert.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen

Die Entwicklungen in der Türkei erachten wir nicht erst seit dem Putschversuch 2016 im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit mit großer Sorge. Die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der gegenwärtigen Situation kommt für uns nicht in Frage.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich daher erfolgreich für die Kürzung der EU-Fördermittel um 105 Mio. Euro und das Einfrieren von weiteren 70 Mio. Euro eingesetzt. Für die Türkei bestimmte Finanzmittel im Rahmen der Heranführungshilfe sollen nur unter der Bedingung ausbezahlt werden, dass sich die Lage in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wesentlich verbessert.





Weltweiter Einsatz für Menschenrechte

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich auf vielfältige Weise für die Verbreitung und Einhaltung der Menschenrechte weltweit ein. Beispiele hierfür sind:

- ★ Anti-Folter-Verordnung: Verbote und Genehmigungspflichten für den Außenwirtschaftsverkehr mit Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder anderer, grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden können.
- ★ Konfliktrohstoffe-Verordnung: Festlegung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für EU-Importeure von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten.
- ★ Dual-Use-Verordnung: Bessere Ausfuhrkontrollen für Güter und Technologien, die sowohl für legitime zivile Zwecke als auch für schwere Verletzungen der Menschenrechte oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden können.



1,63 Euro 1998

0,19 Euro 2014

0,05 Euro 2016

0,00 Euro seit 15. Juni 2017

kostete ein Handyanruf aus dem EU-Ausland
durchschnittlich pro Minute an Roaming-Gebühren.



Roaming-Gebühren abgeschafft

Seit dem 15. Juni 2017 können Sie bei Reisen innerhalb der EU sowie in Island, Norwegen und Liechtenstein zu den selben Konditionen wie zu Hause mobil telefonieren, SMS versenden und im Internet surfen.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es keine zeitliche Begrenzung bezüglich der Auslandsaufenthaltsdauer gibt, sondern ein großzügiges „Prinzip der angemessenen Nutzung“ Anwendung findet. Solange Sie also mehr Zeit im Inland verbringen als im Ausland oder Ihr Handy mehr zu Hause nutzen als im Ausland, können Sie bei Reisen überall in der EU Roaming zu Inlandspreisen in Anspruch nehmen („Roam like at home“). Wenn die Nutzung im EU-Ausland die Nutzung zu Hause überschreitet, kann der Mobilfunkbetreiber zusätzliche Roaming-Gebühren verlangen. Dies schützt die Mobilfunkanbieter vor Missbrauch.





120.000.000 Euro
für kostenloses WiFi in

6.000 bis 8.000
Städten und Gemeinden in der EU

WiFi4EU | Kostenloses WLAN für alle

Kostenloser Internetzugang in Parks, auf großen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, Bibliotheken, Gesundheitszentren und Museen überall in Europa – das soll mit WiFi4EU Wirklichkeit werden.

2017 bis 2019 stehen für diese Initiative 120 Millionen Euro bereit. Zunächst geht es um die Installation modernster WLAN-Technologie in den Zentren des öffentlichen Lebens. Insgesamt sollen mit diesem Programm 6.000 bis 8.000 Städte und Gemeinden in der EU mit leistungsfähigen Internetzugängen ausgestattet werden.



A close-up photograph of a person's hands in a white shirt. One hand is on a laptop trackpad, and the other is holding a gold credit card over the keyboard. The background is blurred, showing what appears to be a modern office or home workspace with a chair and a window.

58.500.000.000 Euro

setzte der Versandhandel 2017
mit Waren in Deutschland um.

Kein ungerechtfertigtes Geoblocking mehr

Ab Weihnachten 2018 können Verbraucher beliebige Waren oder Dienstleistungen innerhalb der ganzen EU online einkaufen wie zu Hause. Die Verbraucher dürfen nicht mehr länger auf Websites mit nationalen Angeboten umgeleitet werden. Auch sind Hindernisse wie beispielsweise die Aufforderung, mit einer in einem anderen Land ausgestellten Kreditkarte zu zahlen, nicht mehr zulässig.

Nach den neuen Regeln, für die sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eingesetzt hat, müssen EU-Händler den Verbrauchern überall in der EU zu den gleichen Konditionen Zugang zu Waren und Dienstleistungen gewähren, egal von wo aus die Käufer die Internetseite aufrufen.

Für die Unternehmen bedeuten die neuen Vorschriften mehr Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Geschäften.



1 Online-Abo und in
27 EU-Ländern Musik hören oder
Filme schauen



Spotify, Netflix und Co. endlich grenzüberschreitend nutzbar

Zukünftig können Verbraucher ihre Online-Abonnements für Filme, Sportereignisse, E-Bücher, Videospiele oder Musik auch auf Reisen in der EU uneingeschränkt nutzen. Wer zuhause seine Lieblingsserien, Musik und Sportereignisse abonniert hat, wird diese nun auch auf Reisen in Europa anschauen und anhören können. Vorher konnten Nutzer auf ihre legal im Heimatland erworbenen Online-Inhalte aufgrund territorialer Lizenzen im EU-Ausland oft nicht zugreifen.

Dank der neuen Regelung fallen die lästigen Beschränkungen für Online-Abos bei vorübergehenden Auslandsaufenthalten in naher Zukunft weg. Die CDU/CSU-Gruppe wird auch in Zukunft für die Beseitigung von Hindernissen im Digitalen Binnenmarkt eintreten, damit dieser zu einer ähnlichen Erfolgsgeschichte für Wachstum und Beschäftigung wird, wie der analoge Binnenmarkt seit über 20 Jahren.





Besserer Datenschutz

Bei Online-Bestellungen, Kinoreservierungen oder beim Abschluss eines Abos werden personenbezogene Daten verlangt. Die auf unser Betreiben verabschiedete Datenschutzgrundverordnung enthält europaweite Regeln für den Schutz dieser Daten. Ziel ist es, den Nutzern die Entscheidung über ihre persönlichen Daten zurückzugeben, ein hohes und einheitliches Datenschutzniveau einzuführen sowie die EU für das digitale Zeitalter zu rüsten. Neben einem hohen Datenschutzniveau konnte die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Ausnahmeregelungen erwirken, die klein- und mittelständische Unternehmen vor unverhältnismäßigen Auflagen schützen. Die Reform legt auch Mindeststandards für die Verwendung von Daten für polizeiliche und gerichtliche Zwecke fest.

Wichtigste Inhalte der ab 25. Mai 2018 geltenden Regeln:

- ★ Recht auf Vergessenwerden;
- ★ Verarbeitung der Daten nur nach ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person;
- ★ Recht auf Datenübertragbarkeit (an einen anderen Dienstleister);
- ★ Datenschutzbestimmungen in klarer und verständlicher Sprache;
- ★ Harte Strafen bei Verstößen (bis zu 4 % des Jahresumsatzes bei Unternehmen).



77.000.000.000 Euro

investiert die EU 2014 bis 2020
in Forschung und Innovation



Forschung und Innovation für Deutschland und Europa

30 Milliarden Euro werden über das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 von 2018-2020 in bahnbrechende Innovationen investiert. In Deutschland werden über 8.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und knapp 1.500 kleine und mittlere Unternehmen über Horizont 2020 gefördert. Rund 1.250 Forscherinnen und Forscher in Deutschland profitieren von Forschungsstipendien.

Das Programm Horizont 2020 ist mit einer Mittelausstattung von 77 Milliarden Euro für sieben Jahre (2014-2020) das bisher größte Programm der EU für Forschung und Innovation. Obwohl die meisten Forschungs- und Innovationsmaßnahmen noch in Gang oder noch nicht angelaufen sind, kann das Programm bereits konkrete Ergebnisse vorweisen: So haben Forscher im Rahmen von Horizont 2020 zu wichtigen Entdeckungen wie z.B. Exoplaneten und Gravitationswellen beigetragen und mindestens 19 Nobelpreisträger haben vor oder nach der Preisverleihung Forschungsmittel der EU erhalten.

Mit dem Programm haben außerdem Unternehmen, vor allem kleine und mittelständische, über die Initiative „EU-Mittel für Innovationen“ (InnovFin) Zugang zu Risikokapital.





1.500.000 Stipendien	für Studienaufenthalte im Ausland
450.000 Praktikumsmöglichkeiten	im Ausland
650.000 Auslandsstipendien	für Azubis, Berufsschülerinnen und -schüler
800.000 Stipendien	für Lehrkräfte, die im Ausland unterrichten oder sich fortbilden
200.000 Studiendarlehen	für Masterstudiengänge im Ausland
500.000 Stipendien	für Freiwilligendienst und Jugendaustausch

Erasmus+ ermöglicht seit 30 Jahren Bildungsaufenthalte im Ausland

Das Programm Erasmus+ für Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union ist eines der erfolgreichsten und sichtbarsten Programme der EU.

Wir konnten erreichen, dass bis 2020 zusätzliche 100 Mio. Euro für Studienstipendien im EU-Ausland im Rahmen von Erasmus+ zur Verfügung stehen. Mit einem Gesamtbudget von rund 14,8 Mrd. Euro werden bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen von Erasmus+ profitieren. Damit werden Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit verbessert und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft.

Alle Informationen rund um das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ finden Sie unter **www.erasmusplus.de**





275.400 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland

935.700 Beschäftigte in der deutschen Landwirtschaft

Starke Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss dringend reformiert werden. Unser Ziel ist dabei, die Landwirte von überbordender Bürokratie zu entlasten. Unsere Landwirte brauchen mehr Optionen beim sogenannten „Greening“ und mehr Sicherheit beim Dauergrünland. Es ist uns gelungen, die Möglichkeit zu mehr Biodiversität zu schaffen. In Zukunft können im Rahmen der Ökologisierung sowohl Honigpflanzen, Durchwachsene Silphie wie auch Elefantengras angebaut werden. Erheblich verbessert wurden auch die Bedingungen für die Zusatzprämie für Junglandwirte. So wurde u.a. die Möglichkeit geschaffen, die an Junglandwirte gerichteten Fördersatzte erheblich zu erhöhen und die Unterstützung besser auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Förderung des ländlichen Raums, der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, hohe Lebensmittelstandards und Tierwohl werden auch weiterhin im Mittelpunkt unserer Landwirtschaftspolitik stehen.





3.700.000

kleine und mittlere
Unternehmen mit

16.850.000

Beschäftigten gibt
es in Deutschland.

Für ein mittelstandsfreundliches Europa

In Deutschland gibt es rund 3,7 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Diese Unternehmen sind der Wachstumsmotor unseres Landes. Damit der Mittelstand auch in Zukunft wettbewerbsfähig ist, muss die Politik positive Anreize schaffen und unnötige Bürokratie vermeiden. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich mit der EVP-Fraktion als einzige Kraft im Europäischen Parlament nachhaltig für die Belange des Mittelstandes ein und hat zu diesem Zweck 2013 den Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) gegründet.

Seitdem konnten wir viele Verbesserungen für KMUs erreichen:

- ★ Prüfung aller europäischen Gesetzgebungsvorhaben auf ihre Auswirkungen für den Mittelstand
- ★ Befreiung von verpflichtendem Fahrtenstreifen für Handwerkerfahrzeuge unter bestimmten Bedingungen
- ★ Ausnahme vom Europäischen Emissionshandel für Unternehmen mit CO₂-Ausstoß bis 2.500 Tonnen
- ★ Befreiung kleiner Unternehmen von Auflagen wie Barrierefreiheit
- ★ Günstigere Regelungen für KMUs bei der Kreditvergabe





Am 29. März 2019 tritt Großbritannien voraussichtlich aus der Europäischen Union aus.

Brexit klug verhandeln

Großbritannien hat sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament respektiert diese Entscheidung, auch wenn sie diese bedauert.

Es liegt im Interesse Deutschlands und der EU, dass wir auch nach dem Brexit intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Großbritannien pflegen. Unser Ziel in den laufenden Austrittsverhandlungen ist es, die negativen Auswirkungen des Brexit auf die 27 verbleibenden EU-Mitgliedstaaten so weit wie möglich zu begrenzen. Nach dem Austritt aus der EU im März 2019 wird Großbritannien nicht mehr als Drittland von den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft profitieren können.

Nur bei einem umfassenden Austrittsvertrag kann es eine zeitlich befristete Übergangsphase geben, für die das Vereinigte Königreich alle Regeln, finanziellen Verpflichtungen und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs weiterhin anerkennen muss, um einen Handelsvertrag sowie andere Vereinbarungen wie innere und äußere Sicherheit oder Hochschulvereinbarungen auszuhandeln. Ein Staat, der die EU verlassen hat und nicht die gleichen Verpflichtungen eines Mitgliedstaates erfüllt, wie z.B. die vier Freiheiten oder eine Beteiligung an der Strukturpolitik, kann nicht die gleichen Rechte genießen wie die 27 EU-Mitgliedstaaten.



10.464 deutsche Unternehmen exportieren nach Kanada.

73 % der deutschen Unternehmen, die nach Kanada exportieren, sind klein- und mittelständische Unternehmen

141.000 Arbeitsplätze in Deutschland werden durch Exporte nach Kanada gesichert.

865.000 Arbeitsplätze in der EU werden durch Exporte nach Kanada gesichert.



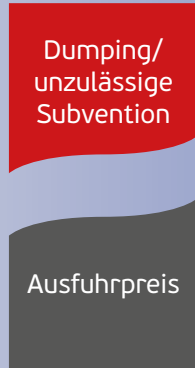
Freihandel – Gut für Deutschland und Europa

Das 2017 vorläufig in Kraft getretene Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) sichert Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft, macht Importe aus Kanada günstiger und trägt zur Warenvielfalt bei. Europäische Umwelt- und Sicherheitsstandards bleiben dabei vollumfänglich erhalten, auch wenn Grüne, Linke und Teile der SPD die Öffentlichkeit anderes glauben machen wollten. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen mit Japan, Singapur und Vietnam ein.

Die Europäische Union ist eine der offensten Wirtschaftsregionen für Direktinvestitionen in der Welt. Dies soll auch so bleiben, da unser Wohlstand wesentlich davon abhängt. Ein Ausverkauf unserer Infrastruktur und Zukunftstechnologien muss aber verhindert werden. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich daher dafür ein, dass Direktinvestitionen aus Staaten außerhalb der EU in strategische Industrien, Infrastruktur und zentrale Zukunftstechnologien geprüft werden müssen.



AUSFUHRLAND



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT



Besserer Schutz gegen Dumping

Um die Gefährdung durch Billigkonkurrenz aus Drittstaaten für die europäische Wirtschaft einzudämmen, setzen wir uns für eine Reform der EU-Handelsschutzinstrumente ein. Mit den 2017 beschlossenen modernen Regeln kann die EU ihre Antidumping-Untersuchungen verkürzen und transparenter gestalten. Zudem können höhere Schutzzölle verhängt werden, wenn Produktpreise künstlich verzerrt werden. Ein ähnliches Instrument unterstützen wir bei unfairen Praktiken im Flugverkehr.

Die EU erhebt auf die gedumpten oder unzulässigerweise subventionierten Produkte zusätzlich zum Regelzollsatz einen Antidumpingzoll bzw. einen Ausgleichszoll. Dadurch wird der ungerechtfertigte Preisvorteil im Vergleich zu Waren auf dem EU-Markt ausgeglichen. So werden unsere heimischen Unternehmen vor unfairem Wettbewerb geschützt.



550.000.000 Euro Einsparungen für Verbraucher sind möglich.

50 Euro beträgt die maximale Haftung für nicht autorisierte Zahlungen.



Mehr Sicherheit bei elektronischem Zahlungsverkehr

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass elektronische Zahlungen für Sie günstiger, einfacher und sicherer werden. Die überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie, die seit Januar 2018 gilt, stärkt den Wettbewerb von Zahlungsdiensten und Apps zur Kontenverwaltung. Gleichzeitig schafft die Richtlinie mehr Sicherheit und Datenschutz für Online-Zahlungen.

- ★ Verbot von Aufschlägen bei Zahlungen mit Sparkassen-, Bank- oder Kreditkarten sowohl in Geschäften als auch Online;
- ★ Öffnung des EU-Zahlungsmarktes für Unternehmen, die Zahlungsdienste auf der Grundlage des Zugangs zu Informationen über das Zahlungskonto anbieten;
- ★ Verbesserung der Verbraucherrechte in zahlreichen Bereichen. Dazu zählen eine reduzierte Haftung für nicht autorisierte Zahlungen und die Einführung eines bedingungslosen Erstattungsrechts („ohne Fragen“) für Lastschriften in Euro.





20 % weniger Treibhausgasemissionen in der EU als 1990 bei
45 % Wirtschaftswachstum im gleichen Zeitraum

Umwelt und Klima schützen - industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament steht für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik. Einen großen Beitrag hierzu leistet die von uns maßgeblich betriebene Reform des europäischen Emissionszertifikatehandels (ETS).

Das Handelssystem wird somit endlich seinen Zweck erfüllen, nämlich Investitionen in klimafreundliche Technologien herbeizuführen. Wer investiert, wird belohnt, während Klimasünder bestraft werden. Neben einem ambitionierten Emissionshandel brauchen wir für energieintensive Industrien, die aus technischen Gründen nicht CO₂-frei produzieren können, Schutzregeln, damit sie nicht abwandern.

Deswegen haben wir den Anteil der kostenlosen Zertifikate für eben diese Unternehmen erhöht. Außerdem haben wir einen Innovationsfonds geschaffen, der die Industrie bei den nötigen Entwicklungen unterstützt. All das zusammen schützt Arbeitsplätze, fördert Innovation und leistet einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Gegen die grünen und linken Fraktionen konnten wir moderate und flexible Energieeinsparvorgaben durchsetzen, die weder das Wirtschaftswachstum abwürgen, noch den Strukturwandel behindern.



2.598.140.000

Tonnen Abfall pro Jahr fallen in der EU an.

631 Kilogramm

Siedlungsabfälle werden in Deutschland
jährlich pro Person produziert.



Kreislaufwirtschaft – Ressourcen schonen und Abfall vermeiden

Seit der industriellen Revolution ist unser Abfall konstant mit unserem Wohlstand gewachsen. Um die endlichen Rohstoffressourcen zu schonen und die Schöpfung in einem lebenswerten Zustand zu erhalten, muss die Abfallproduktion reduziert werden. Ist Müll unvermeidbar, sollten neue Rohstoffe daraus gewonnen werden. Darum setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für eine effizientere und effektivere Abfallwirtschaft sowie die Schaffung einer sogenannten Kreislaufwirtschaft ein. In der Kreislaufwirtschaft wird der Lebenszyklus eines Produkts verlängert.

Besseres Ökodesign macht es möglich, Sachen einfacher zu reparieren, wiederzuverwerten oder alte Produkte aufzubereiten. Darüber hinaus sollen die Produkte länger benutzt werden können und ein verbessertes Abfallmanagement dazu beitragen, den Müll zu verringern.

Ein besseres Abfallmanagement brächte in Hinblick auf den Umweltschutz, die Gesundheit und auch die Wirtschaft zahlreiche Vorteile mit sich. Erste Gesetzgebungsvorhaben mit diesen Zielen haben wir bereits auf den Weg gebracht.



85 % der Bürgerinnen und Bürger in Europa achten beim Kauf eines Elektrogeräts auf das Energieeffizienzlabel.

Bis zu 500 Euro im Jahr kann ein durchschnittlicher Haushalt durch den Einsatz energieeffizienter Elektrogeräte pro Jahr sparen.



Neues EU-Energielabel sorgt für mehr Transparenz

Das bekannte EU-Energielabel für Kühl- und Gefriergeräte, Staubsauger, Lampen und Leuchten, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Elektrobacköfen, Dunstabzugshauben, Geschirrspüler und andere Elektrogeräte wurde überarbeitet. Eine verständlichere Skala von A bis G wird die alten Kategorien von A+++ bis D ablösen, um Verbraucher klarer über den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten zu informieren.

Die Reform war notwendig, da bei einzelnen Produktgruppen nur noch Geräte mit der Kategorie A+++ angeboten werden. Künftig sollen die Kriterien laufend nachgebessert werden, so dass A dauerhaft die beste Klasse bleibt. Durch die Kennzeichnungspflicht nimmt der Marktanteil besonders energieeffizienter Geräte in vielen Produktgruppen stetig zu.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wird diesen verbraucherfreundlichen und erfolgreichen Weg, durch verbesserte Informationen und Anreize zu mehr Energieeffizienz zu gelangen, auch in Zukunft fortsetzen. Die von Grünen und Linken propagierte Verbots- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab.



Über **500.000** verschiedene Medizinprodukte werden
im EU-Binnenmarkt angeboten.



Sichere Medizinprodukte

Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sämtliche Medizinprodukte – von Herzklappen bis zu Heftpflastern und künstlichen Hüftgelenken – sicher und zuverlässig funktionieren. Daher haben sich die CDU/CSU-Europaabgeordneten für neue Vorschriften eingesetzt, die die Marktüberwachung und Rückverfolgbarkeit von Medizinprodukten deutlich verbessern. Die von uns durchgesetzte Medizinprodukte-Verordnung schreibt folgendes vor:

- ★ unangemeldete Kontrollen bei Herstellern von Medizinprodukten,
- ★ zusätzliche Sicherheitsüberprüfung für Medizinprodukte mit hohem Risiko wie z.B. Implantate oder HIV-Tests,
- ★ Implantationsausweise für Patienten, die es Patienten und Ärzten ermöglicht, ein implantiertes Produkt zurückverfolgen zu können,
- ★ klinischer Nachweis der Sicherheit des Medizinprodukts durch den Hersteller, insbesondere bei Produkten mit hohem Risiko.



12.700.000.000 Euro für

263 grenzüberschreitende Verkehrsprojekte
in der EU



Rekordinvestitionen in Verkehrsinfrastruktur

Mit einer Rekordsumme von 12,7 Milliarden Euro unterstützt die Europäische Union 263 Verkehrsprojekte. Alle Projekte werden Europa besser vernetzen sowie Wettbewerb, Wachstum und Arbeitsplätze stärken.

Mit dem Programm „Connecting Europe“ (CEF) unterstützt die Europäische Union Vorhaben von gemeinsamem Interesse für die transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie. Die CDU/CSU-Europaabgeordneten haben sich dafür stark gemacht, dass ausreichend Mittel für grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte in Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

So werden in Deutschland über „Connecting Europe“ zwischen 2014 und 2020 unter anderem fünf Wasserstraßen und zehn Schienenprojekte gefördert, wie z.B. der Ausbau der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel, der Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen-Ulm und der Ausbau des Mittellandkanals. Deutschland erhält bis 2020 für CEF-geförderte Verkehrsprojekte 1,7 Milliarden Euro von der EU.



Durch eCall wird in 97 % aller Fälle eine
Verbindung zur Notrufzentrale
innerhalb von 45 Sekunden hergestellt.



Automatischer
Notruf bei
schwerem Unfall



Ortung via
Satellit



Verbindung zur
Notrufzentrale über
das Mobilfunknetz



Die Notrufzentrale empfängt den
eCall und fragt beim Autofahrer
nach. Reagiert dieser nicht,
organisiert sie umgehend Hilfe.

Automatisches Notrufsystem für Europa

Die CDU/CSU-Europaabgeordneten haben sich intensiv für die europaweite Einführung des automatischen Notrufsystems eCall eingesetzt. eCall trägt wesentlich dazu bei, Rettungseinsätze in Zukunft zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Für den eCall wird die europaweite Notrufnummer 112 genutzt. Der Einbau eines bordeigenen Systems zur Versendung von eCalls ist verpflichtend in allen neu typgenehmigten Fahrzeugen ab 31.03.2018 vorgesehen, Notrufabfragestellen sind entsprechend auszurüsten und der Datenschutz ist zu gewährleisten.

Die einheitliche europäische Lösung ist besonders für Deutschland als wichtigem Transitland von Interesse, da schneller und effizienter als bisher Hilfe geleistet werden kann.





50.000.000.000 Euro

Schaden verursacht der grenzüberschreitende Mehrwertsteuerbetrug in der EU jährlich.

Betrug zulasten von EU-Mitteln bekämpfen

Organisierte Kriminalität kennt keine Grenzen. Grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug sowie jede andere Form des Betrugs gegen den EU-Haushalt ist Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern. Die von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament geforderte Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft ist daher ein wichtiger Schritt im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in der EU.

Die Europäische Staatsanwaltschaft wird dazu beitragen, das Geld der Steuerzahler zu schützen. Selbst bei grenzüberschreitender Kriminalität ist jetzt gewährleistet, dass die Betrüger vor Gericht gebracht werden und dass das Geld der Steuerzahler wiederbeschafft wird. Die Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug bietet die entsprechende Rechtsgrundlage für die zukünftige Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft.



Impressum

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ +49 30 22 77 57 75 📠 +49 30 22 77 69 58
✉ info@cducsu.eu 🌐 www.cducsu.eu

Für den Inhalt verantwortlich:

Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Dr. Markus Pieper MdEP

Redaktion: Stephan Mock

Gestaltung: Labor für Gestaltung Schleßelmann GmbH

Fotonachweise: S.18 © Francesco Malavolta/Frontex 2016;
S.60 Europäisches Parlament, Europäische Kommission;
alle weiteren Fotos: fotolia.de

Gedruckt in Deutschland auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung.

Stand: März 2018

www.cducsu.eu

